Betreibungsgefeß, Art. 92 und 93, gänzlich oder teilweise als unpfändbar erklärt sind, bedarf keiner nähern Erörterung; insbesondere kann die Bedürfnisfrage mit Bezug auf das streitige Pfändungsobjekt überhaupt nicht gestellt werden. Damit ist freilich der Rekurs nicht entschieden. Das Bundesgericht hat sich schon mehrfach dahin ausgesprochen, daß die Aufzählung der unpfändbaren Gegenstände im Betreibungsgefeß nicht eine erschöpfende ist, und daß es auch noch andere ihrem Wesen und ihrer rechtlichen Natur nach unpfändbare Vermögensobjekte gibt, namentlich die sogenannten höchstpersönlichen Rechte, die von der Person des Berechtigten nicht abgetrennt werden können (vergl. z. B. Amtliche Sammlung der betreibungsrechtlichen Entscheidungen 1898, Seite 126). Hierzu kann nun aber das Verlagsrecht an einer Zeitung nicht gezählt werden. Es handelt sich hierbei nicht etwa um die Rechte obligatorischer Natur, die dem Verleger eines literarischen oder künstlerischen Werkes dem Urheber oder dem Drucker gegenüber zustehen, sondern um das absolute, das Individualrecht zur Herausgabe einer durch einen besonderen Namen charakterisierten Zeitung. Dieses Recht, das sich namentlich in dem Klagsrecht äußert, das seinem Inhaber zusteht, wenn ein Dritter sich den Namen der Zeitung zur Bezeichnung eines Konkurrenzunternehmens aneignet, kann und wird in der Regel einen gewissen Vermögenswert repräsentieren. Es ist aber ferner auch mit der Person dieses Inhabers keineswegs so enge verbunden, daß es sich nicht davon loslösen und in den Verkehr treten könnte. So steht gewiß einer freiwilligen Veräußerung desselben nichts entgegen. Dann muß aber auch den Gläubigern die Befugnis zugestanden werden, für ihre Forderungen an den Inhaber des Rechts darauf zu greifen und dasselbe zwangsweise verwerten zu lassen. Ob in concreto das Recht einen effektiven Wert habe, wenn es von der Person des dormaligen Verlegers abgetrennt wird, ist für die Frage der Pfändbarkeit, wie die Vorinstanz richtig bemerkt, gleichgültig.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.

60. Entscheid vom 27. Juni 1899 in Sachen Wehrli.

Pfändbarkeit eines zürcherischen Wirtschaftspatentes?

I. Hermann Wehrli, Weinhändler in Zürich, verlangte in einer Betreibung gegen A. Rusterholz, Wirt daselbst, Pfändung des Wirtschaftspatentes des Schuldners in der Meinung, daß der Betriebene angehalten werde, auf Ausübung des Wirtschaftsberufes zu verzichten und daß sodann die danach rückzahlbar werdende Quote der Patentgebühr zu Gunsten des Gläubigers in die Pfändung einbezogen werde. Das Betreibungsamt Zürich III hat dieses Ansuchen abgelehnt und eine Beschwerde des Gläubigers an die beiden kantonalen Aufsichtsinstanzen blieb erfolglos.

II. Gegen den oberinstanzlichen Entscheid hat Wehrli den Rekurs an das Bundesgericht ergriffen. Er hebt hervor, daß nach § 29 des zürcherischen Wirtschaftsgefeßes das Patent jederzeit der Finanzdirektion gegen Rückvergütung des zu viel bezahlten Betrages der Patenttaxe zurückgestellt werden könne, daß dasselbe somit ein Vermögensobjekt sei und als solches gepfändet und verwertet werden könne. Er fügt bei, es liege auch im Sinne des Wirtschaftsgefeßes, daß Personen, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, nicht weiter wirten sollen, was ebenfalls für die Begründetheit des Rekurses spreche.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht
in Erwägung:

Daß das Wirtschaftspatent als solches nicht ein der Beschlagnahme der Gläubiger unterliegender Gegenstand ist, kann nach den Feststellungen der Vorinstanzen nicht zweifelhaft sein und scheint vom Rekurrenten selbst anerkannt zu werden. In der That ergibt sich dessen Unpfändbarkeit daraus, daß es nach zürcherischem Rechte lediglich die behördliche Erlaubnis zur Ausübung eines aus Gründen der Volkswirtschaft und der Volksmoral dem Patentzwang unterworfenen Gewerbes darstellt und mit der Person des Inhabers derart verknüpft ist, daß es nicht auf einen Dritten übertragen werden kann. Das Begehren des Rekurrenten geht denn auch im Grunde nicht auf Pfändung des Patentes, sondern

auf Beschlagnahme der Quote, die dem Schuldner bei Rückstellung des Patentes zu erstatten wäre. Es soll also ein eventueller Anspruch an den Staat gepfändet werden. Allein es liegt nichts dafür vor, daß der Schuldner auf die Ausübung des Wirtschaftsgewerbes verzichten wolle. Und für die Annahme, daß derselbe hierzu gezwungen werden könne, wie der Refurrent meint, mangelt es an jeder gesetzlichen Handhabe. Im Gegenteil setzt ja das Betreibungsgezet gerade, um dem Schuldner die weitere Ausübung seines Berufes zu ermöglichen, dem Beschlagsrecht der Gläubiger gewisse Schranken. Mit Recht wurde daher das Pfändungsbegehren abgelehnt und die dagegen erhobene Beschwerde abgewiesen.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
erkannt:

Der Refurs wird abgewiesen.

STAATSRECHTLICHE ENTSCHEIDUNGEN

ARRÊTS DE DROIT PUBLIC

Erster Abschnitt. — Première section.

Bundesverfassung. — Constitution fédérale.

I. Rechtsverweigerung. — Déni de justice.

61. Arrêt du 6 juillet 1899, dans la cause *Gonet frères contre Reymond*.

Violation, par un jugement d'un juge de paix, de l'art. 31 LP. — Recours de droit public basé sur les art. 4 const. féd. et 2, disp. transitoires.

A. — Le 12 janvier 1899, Gonet frères ont fait exécuter une saisie mobilière au préjudice de leur débiteur Alfred Vez, à Cheseaux.

Emile Reymond a revendiqué la propriété des objets saisis et Gonet frères l'ont contestée en temps utile.

En application de l'art. 107 LP., l'office des poursuites a imparti à Emile Reymond un délai échéant au 17 mars 1899, pour faire valoir ses droits en justice.

Par exploit notifié à Gonet frères sous pli chargé, consigné à la poste le 17 mars 1899, à sept heures du soir, Emile Reymond leur a intenté action pour faire prononcer le bien